

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresden, K. L. Str. 10/11
Telefon: 1111

Bezugspreis: In Dresden monatlich 1,40 RM. (einschließlich 10 Pf. für
Zugabe), sonst 1,60 RM. (einschließlich 10 Pf. Zugabe).
Abbestellung: Bis zum 1. d. Monats. Rückzahlung: 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zugabe).
Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 8 Pf., die fünfte 6 Pf., die sechste 5 Pf., die siebte 4 Pf., die achte 3 Pf., die neunte 2 Pf., die zehnte 1 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zugabe).
Abbestellung: Bis zum 1. d. Monats. Rückzahlung: 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zugabe).
Anzeigenpreis: Die erste Zeile 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 8 Pf., die fünfte 6 Pf., die sechste 5 Pf., die siebte 4 Pf., die achte 3 Pf., die neunte 2 Pf., die zehnte 1 Pf. (einschließlich 10 Pf. Zugabe).

Verlag: Carl Neubauer
Dresden, K. L. Str. 10/11
Telefon: 1111

Drohende Spaltung der Sozialdemokratie

„Sozialistische Arbeiterpartei“ in Zwickau und Breslau

Berlin, 24. Sept. (Fig. Draht.) Am Dienstag dieser Woche hatte sich bekanntlich der sozialdemokratische Parteiausschuss mit den Sonderorganisationen innerhalb der Sozialdemokratie befaßt und unter anderem festgestellt, daß die Mitarbeit an der Zeitschrift „Die Fackel“ mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie unvereinbar sei. Diese Zeitschrift war von den neun Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Stempel, Riegler, Portune, Dettlinghaus, Siebchen, Graf und Kuhn ins Leben gerufen worden. Diese neun Abgeordneten hatten sich bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer auch von der übrigen Partei getrennt. Wie nun das „D. T.“ erklärt, werden

Partei diskutiert. Sie soll, falls es zu ihrer Gründung kommt, den Namen „Sozialistische Arbeiterpartei“ tragen. Ihre Gründer rechnen damit, daß die Bezirke Zwickau und Breslau sich von der SPD. wenden und sich der neuen Partei anschließen werden.

Mit der Spaltung tritt ein schon lange währender Kampf in eine neue Phase. Der Abg. Paul Lewi, der sich 1921 von der kommunistischen Partei getrennt und zunächst den Unabhängigen angeschlossen hatte, mit denen er dann zur neugegründeten SPD. überging, war der eigentliche Führer des schon lange unzufriedenen Flügel. Mit seinem Tode trat in den Bestrebungen dieses Flügels zunächst eine gewisse Stockung ein, jedoch fand die Bewegung, die namentlich aus der Stellung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett immer neue Nahrung fand, die Kraft, sich zu erhalten und sogar weiter zu entfalten. Auf dem Vorpolegungsparteitag entbrannte der Kampf zwischen den leitenden Organen der Partei und der Opposition mit großer Schärfe. Man wird darauf gespannt sein können, ob diese Spaltung aus der SPD. eine neue Spaltung der Partei einleitet wird, oder ob es den Bemühungen des Parteivorstandes gelingen wird, eine solche Spaltung zu verhüten.

von diesen neun Abgeordneten nur die beiden Abgeordneten Graf und Kuhn sich dem am Dienstag gefassten Beschlusse fügen, während die übrigen sieben Abgeordneten sich dem Parteibeschluß nicht unterwerfen wollten. Die „Fackel“, die ihr Erscheinen hätte einstellen müssen, wenn die sogenannte Linke Opposition innerhalb der Sozialdemokratie sich dem Beschluß des Parteiausschusses angeschlossen hätte, wird am Freitag in einer neuen Nummer den Standpunkt der sich widersprechenden Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter erläutern. Wie das „D. T.“ hört, wird bereits der Name einer neuen

Krieg in Fernost

Während die europäischen Völker im Ringen mit dem wirtschaftlichen Chaos schon buchstäblich zum Teil um das nackte Leben kämpfen, hat sich der alte Streit der ostasiatischen Völker, Japan und China, um die chinesische Mandschurei, die Mandchurie, schon so verschärft, daß selbst außerhalb des ratlosen Völkerbundes zur Zeit niemand sagen kann, wie der drohende Brand eines blutigen Krieges im Fernen Osten noch rechtzeitig eingedämmt werden soll. Es ringt zunächst ziemlich harmlos an. Wegen eines unbedeutenden Zwischenfalls besetzten die Japaner Tsingtau. Das haben sie im Verlauf des letzten Jahrzehnts schon wiederholt getan, die Stadt aber auf angelegentlichem Druck immer wieder geräumt. So achtete in dem sorgengebelagerten Europa zunächst niemand auf den kleinen, beinahe alltäglichen Zwischenfall. Aber diesmal führten die Japaner mehr im Schilde, als eine untergeordnete Strafexpedition. Die Japaner marschierten unaufhaltsam weiter, und sie näherten sich bereits dem an einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt gelegenen Chardin. In dem Augenblick, wo Chardin von ihnen besetzt wird, wird ein gefährlicher Kriegszustand unvermeidlich sein. Denn damit berühren die Japaner die russische Interessensphäre und machen sich außer China auch Rußland zum Feind. Das dort Interessensphäre kennzeichnet die besonderen Verhältnisse in der Mandchurie.

Politisch gehört das Land China, aber der Norden steht unter dem wirtschaftlichen Einfluß Rußlands und der Süden unter dem Japans. Jeder der drei Staaten glaubt Befugnisse auf die große chinesische Mandschurei mit gutem Recht geltend machen zu können. Besonders Japan und China, beide in ihrem Kernland überbevölkert, sehen in der außerordentlich dünnbevölkerten Mandchurie das Land der Zukunft, ein fruchtbares Siedlungsgebiet, das zudem dank seiner reichen aber noch ungehobenen Bodenschätze aller Art einer bedeutenden industriellen Zukunft entgegengeführt werden könnte. Man versteht den großen Anreiz, den das Land auf Japan und Rußland ausübt, vor allem auf das erstere, das, seitdem es seine Stellung im russisch-japanischen Krieg gefestigt hat, planmäßig von seiner koreanischen Kolonie auf dem Festland das Land vom Süden her wirtschaftlich durchdrungen hat. Es hat in die Südmandschurei bereits 2 Milliarden Yen gesteckt und seine wirtschaftliche und militärische Stellung durch den Bau der südmandschurischen Eisenbahn und die an ihrem Weg entstandenen industriellen Unternehmungen befestigt. Trotzdem war die Südmandschurei unbestreitbar seit je, wenigstens formell, ein Teil des Reiches der Mitte. Aber China hatte sich durch seine inneren Wirren und den noch vor einem Jahrzehnt fast menschenleeren Raum kaum gekümmert. Als die Japaner die Südmandschurei wirtschaftlich aufzuschließen begannen, setzte gleichzeitig eine wahre Völkerwanderung von Millionen chinesischer Einwanderer ein. Während die Japaner Fabriken und Schienenwege anlegten, besiedelte der äußerst genügsame, aber chinesische Bauer das ganze Land. Heute leben dort rund 25 Millionen Chinesen und nur 200 000 Japaner. Die Mandchurie ist damit nicht nur formell, sondern auch bevölkerungspolitisch chinesisch geworden. Aber das Land könnte noch ungezählte Millionen ernähren. Kein Wunder, daß Japan angesichts des Zustroms chinesischer Einwanderer bestrebt war, seinen Einfluß für alle Zeiten zu sichern. Auf friedlichem Wege schien das aber unmöglich, Chinas wachsende Volkskraft mußte schließlich das Rennen machen. Nur durch die tatsächliche politische Besitzergreifung konnte der stillen Ueberflutung der Mandchurie durch die chinesischen Bauern Einhalt getan werden. Gründe dafür liegen sich finden. Ein Streitpunkt war schon seit vielen Jahren gegeben. Die Chinesen hatten dem wirtschaftlichen Eroberer der Japaner nicht untätig zugehört, sondern als Gegengewicht gegen die südmandschurische Bahn eine Konkurrenzbahn gebaut, die dem japanischen Unternehmen empfindlichen Abbruch tat. Die Japaner behaupten nun, die chinesische Konkurrenzbahn verstoße gegen irgendwelche längst vermoderte Abmachungen von einst, und rechtfertigen damit ihren Vormarsch, durch den nach den Worten des chinesischen Vertreters beim Völkerbund, Sze, bereits ein Gebiet besetzt wurde, das größer ist, als das britische Inselreich, einschließlich Irlands. Selbst wenn Japan seine Truppen wieder zurückziehen sollte, so ist so gut wie sicher, daß von der Japans Monopolstellung be-

Schwerer Schlag für den Abrüstungsgedanken

Frankreich lehnt einen Abrüstungswaffenstillstand ab

Genf, 24. Sept. Der Vertreter Frankreichs im Abrüstungsausschuss des Völkerbundes, Massial, gab am Donnerstag den Standpunkt seiner Regierung zu dem italienischen Vorschlag auf sofortigen Abschluß eines Abrüstungswaffenstillstandes bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz bekannt.

Die französische Regierung lehnt diesen Vorschlag, wie allgemein erwartet wurde, rundweg ab. Sie fordert, die Verhandlungen über diesen Vorschlag auf die kommende Abrüstungskonferenz zu verschieben. (11)

Massial führte zur Begründung seines Standpunktes aus, er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Verwirrung auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Verwirrung sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Aussicht auf Annahme habe und schlug vor, einen Appell an alle Regierungen zu richten, bis zur Abrüstungskonferenz sich von jeder Erhöhung ihrer Rüstungen zu enthalten.

Der Vertreter der kanadischen Regierung wies darauf hin, daß, wenn nicht einmal eine Einigung über den Abrüstungswaffenstillstand zu erzielen sei, dann erst recht eine Einigung über die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen.

Ein neuer italienischer Vorschlag

Der italienische General Marinis stellte einen neuen italienischen Vorschlag zur Verhandlung, nach dem die Völkerbundsammlung einen feierlichen Appell an alle diejenigen Mächte richten, die die Grundzüge der Gerechtigkeit und des Friedens durchzuführen bereit sind, um auf diese Weise eine öffentliche Meinung zu schaffen, die auf die Abrüstungskonferenz in der Richtung praktischer Ergebnisse einwirken könnte. Ferner sollen allen Regierungen folgende allgemeine

Prinzipien eines Abrüstungswaffenstillstandes

durch den Rat übermittelt werden: Jede Regierung verpflichtet sich, die bereits bewilligten Ausgaben für die Vorrüstungen bis zum Abschluß des Waffenstillstandes nicht zu erhöhen, ferner keine neuen Schiffsbauten vorzunehmen und den Bau neuer Militärflugzeuge einzustellen. Der Abrüstungswaffenstillstand soll für die Dauer eines Jahres, beginnend vom 1. November 1931, abgeschlossen werden. Der Rat soll die Regierungen ersuchen, dem Generalsekretär des Völkerbundes bis zum 15. Oktober Mitteilung zu machen, ob sie entschlossen sind, den Abrüstungswaffenstillstand anzunehmen.

Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, einen engeren Redaktionsausschuß einzusetzen, dem sämtliche europäischen Großmächte, dann die Schweiz, ferner die Vereinigten Staaten, Japan, Südafrika und Chile angehören, und der bis zur morgigen Freitagssitzung entweder einen einheitlichen Beschluß oder einen Mehrheits- und Minderheitsbeschluß auszuarbeiten soll.

Die Rede Massials ist in weiten Kreisen des Abrüstungsausschusses als ein tödlicher Schlag gegen den gesamten Abrüstungsgedanken empfunden worden. Massial hat in der schroffsten Form jeden Abrüstungswaffenstillstand abgelehnt und hierbei, wie allgemein bemerkt wurde, die Durchführung der Abrüstung von der vorübergehenden Lösung der politischen Probleme abhängig gemacht. Massial spielte in seiner Rede auch auf den bekannten französischen Vorschlag eines politischen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Frankreich an und rügte dabei den Gedanken der Erfüllung der politischen Forderungen Frankreichs als Voraussetzung für die Abrüstung wieder in den Vordergrund. Die Rede Massials muß daher als eine sehr ernste Belastung der kommenden Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz aufgefaßt werden.

Französisch-italienische Flottenverhandlungen gelichtert?

Paris, 24. Sept. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Paris Rivu“ glaubt am Donnerstag feststellen zu können, daß die in letzter Zeit geführten französisch-italienischen Flottenverhandlungen vollständig gelichtert seien.

Waffenstillstand ab. Er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Verwirrung auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Verwirrung sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Waffenstillstand ab. Er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Verwirrung auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Verwirrung sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Waffenstillstand ab. Er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Verwirrung auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Verwirrung sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Waffenstillstand ab. Er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Verwirrung auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Verwirrung sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Waffenstillstand ab. Er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Verwirrung auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Verwirrung sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Waffenstillstand ab. Er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Verwirrung auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Verwirrung sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 8